

Wiener Plattform Atomkraftfrei
Forsthausgasse 15/7/11
1200 Wien
Tel. & Fax: 01/865 99 39
E-Mail: atomkraftfreiezukunft@gmx.at
www.atomkraftfreiezukunft.at



Ergeht via Email an:

An Herrn Bundespräsident
Prof. Dr. Alexander van der Bellen
alexander.vanderbellen@hofburg.at

An Herrn Bundeskanzler
Sebastian Kurz
Sebastian.kurz@bka.gv.at
z.Hdn. Hrn. Mag. Norbert Feldhofer

An das
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus
z.Hdn. Fr. Bundesministerin Elisabeth Köstinger
z.Hdn. Fr. Mag.^a Mara Golubits,
mara.golubits@bmnt.gv.at

An das
Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres
z.Hdn. Fr. Bundesministerin Dr.ⁱⁿ Karin Kneissl
abtiii6@bmeia.gv.at

An das
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus
Abt. I/6 – Nuklearkoordination
z.Hdn. Hrn. DI Andreas Molin
andreas.molin@bmnt.gv.at

An die
ESPOO Kontaktstelle
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus
Abt. I/1
z.Hdn. Fr. Dr.ⁱⁿ Ursula Platzer-Schneider
ursula.platzer-schneider@bmnt.gv.at

Wien, am 12.März 2018

BETRIFFT: AKW BELENE-PROJEKT in BULGARIEN – AUFRUF an die österreichische Bundesregierung und die zuständigen Behörden

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!
Sehr geehrte Frau Ministerin Köstinger!
Sehr geehrte Frau Ministerin Kneissl!
Sehr geehrter Herr DI Molin!
Sehr geehrte Frau Dr. Platzer-Schneider!

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei steht durch ihr Projekt „Kooperation Donauregion Atomkraftfrei“¹ in engem Austausch mit den NGOs u.a. aus den Ländern Bulgarien,

¹ <http://www.donauregion-atomkraftfrei.at/>

Rumänien und Ungarn. In diesen Ländern befürworteten Politiker, Energiebetreiber und Behörden die Atomstromproduktion und planen Neuprojekte, Betriebsdauerverlängerungen und Endlagerstätten – großteils ohne ordnungsgemäße Sicherheitsbestimmungen und ohne die EU-rechtlich verbürgte Beteiligung der Öffentlichkeit.

Im Besonderen stellen wir in diesem Schreiben das AKW-Projekt Belene in Bulgarien zur Diskussion.

1. Geschichte des Projekts BELENE:

- Der Baustart erfolgte bereits 1987, ein Baustopp 1990, die Wiederaufnahme des Baus 2002, die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) 2004, die Freigabe der Errichtung von zwei Reaktoren im April 2005. Neuerlicher Stopp des Projekts im März 2012 (der neue Finanzminister, Ex-Weltbanker, stellte die tatsächlichen Kosten des AKW-Projekts fest – ca. 10 Mrd. Euro – und beendete das Projekt).
- 2016 wurde die NEC (National Electrical Company, Auftraggeber) gerichtlich verpflichtet, Zahlungen von 620 Mio Euro an Rosatom (Hersteller) für bereits hergestellte Komponenten zu leisten. Diese Komponenten wurden mittlerweile geliefert und bei Belene abgeladen und lagern ungeschützt.
- 2017 entschied die bulgarische Regierung, das Projekt Belene zu Ende zu führen – mit Hilfe von ausländischen Investoren.
- Das bulgarische Parlament entschied am **2.3.2018** trotz des geltenden Regierungsentscheids von 2012, den Energieminister mit der Vorbereitung eines Vorschlags zu betrauen, ob Belene nun gebaut werden soll oder nicht.

2. Aufzählung der Gründe, die gegen eine Wiederaufnahme des Projekts sprechen:

- Die bulgarische Regierungsentscheidung von 2012, das AKW nicht zu bauen, ist immer noch in Kraft. Weitere Aktivitäten, das AKW zu bauen, müssen somit als illegal angesehen werden.
- Die Umweltverträglichkeitsprüfung von 2004 ist nicht mehr gültig – denn ein Umweltentscheid verliert laut bulgarischem Recht seine Gültigkeit, falls nicht innerhalb von fünf Jahren nach dem Umweltentscheid mit der Umsetzung begonnen wurde.² Der Bescheid wurde am 22. November 2004 ausgestellt (Decision No 18-8/2004). Es bedarf daher einer neuerlichen grenzüberschreitenden UVP, bevor das Projekt erneut gestartet wird.
- Da die UVP vor dem In-Kraft-Treten relevanter EURATOM-Richtlinien erfolgte, muss das Projekt auf die Erfüllung dieser Richtlinien hin überprüft werden (Nukleare Sicherheitsrichtlinie 2014/87/EURATOM, Strahlenschutzrichtlinie 2013/59/EURATOM und Nukleare Abfallentsorgungsrichtlinie 2011/70/EURATOM).
- Die seismische Situation des Standorts Belene ist von Anfang an kontraindiziert für den Bau eines AKWs.
- Der prognostizierte Bedarf an Strom basiert auf unglaubwürdigen Daten zum Bevölkerungswachstum, zum Stromverbrauch und zum Strompreis (Studie der Bulgarischen Wissenschaftsakademie vom November 2017).

Wir richten daher den dringenden Aufruf an Sie, sich gegen eine Wiederaufnahme des Projekts Belene zeitnah einzusetzen. Denn falls das AKW Belene wirklich gebaut würde, sind große Teile Europas bei einem möglichen schweren Störfall massiv gefährdet³:

² Bulgarian Environmental Protection Act, Art.9 (8) (Amended, SG No. 77/2005) „The legal effect of the EIA decision shall lapse if implementation of the development proposal has not commenced within five years after the date of delivery of the said decision, which shall be ascertained by an inspection by the environmental control authorities.“

³ Siehe z.B. Ergebnisse des Projekts flexRISK: <http://flexrisk.boku.ac.at/en/evaluationAggUnit.phtml#form>

- Bei einer Wiederaufnahme des Projekts muss eine neuerliche UVP, auch grenzüberschreitend, durchgeführt werden.
- Es müssen aktualisierte Bewertungen der nuklearen Sicherheit vorgelegt werden, die sowohl die relevanten EURATOM-Bestimmungen berücksichtigen als auch die Erfahrungen aus Fukushima und weitere internationale Regelwerke wie die Bestimmungen der WENRA.
- Von dem Projekt dürfen keine negativen schwerwiegenden Auswirkungen für Österreich und für alle anderen Länder Europas ausgehen, auch nicht im Falle eines schweren Unfalls. Dies muss vom Betreiber nachgewiesen werden.

Wir ersuchen Sie, bei der bulgarischen Regierung um Auskunft über aktuelle Maßnahmen und Entwicklungen des Belene-Projekts anzufragen und ggf. eine neuerliche grenzüberschreitende UVP zu verlangen.

Dieser Aufruf ergeht im Namen der österreichischen Antiatom-Organisationen und der europäischen NGO-Kooperation „Joint Project – Nuclear Risk and Public Control“. Das Netzwerk Österreichischer Atomkraftgegner (ÖNA) steht ebenso hinter diesem Aufruf.

Mag.^a Paula Stegmüller
Wiener Plattform Atomkraftfrei,

Mag.^a Gabriele Mraz, MA
Österreichisches Ökologie-Institut,

Mag.^a Patricia Lorenz
für das Joint Project – Nuclear Risk & Public Control

